

Jugendalter, die zum Zeitpunkt des Interviews erst seit einem halben Jahr mit ihrer Familie in London wohnte und vorher an verschiedenen Orten in Großbritannien mit keiner oder geringer Gujarati-Population lebte: „In London ist die indische Kultur sehr einflussreich, weil es dort den Tempel gibt. Das wird unseren Kindern helfen zu wissen – wie das ist –, woher sie kommen, es ist wichtig für sie zu wissen, wo ihre Wurzeln sind.“

Neben der Beibehaltung der eigenen Wurzeln wird ebenso eine formelle Eingliederung in die britische Gesellschaft gewünscht. Fromme Swaminarayan-Hindus in London wollen loyale britische Staatsbürger sein, wollen sich beruflich bewähren und ihren Kindern eine gute Ausbildung zukommen lassen. Sie wollen aber zugleich ihre Swaminarayan-Hindu-

Identität bewahren und pflegen. „Ich möchte nicht, dass meine Kinder nur an die Hindu-Gemeinschaft gebunden sind, weil dies hier vor allem doch England ist. Ich möchte, dass sie wissen, woher sie kommen. Dies wird ihnen und ebenso uns helfen, Entscheidungen auf der Basis unserer Religion und unserer Lehren zu treffen – was für uns richtig und was falsch ist. Aber zur gleichen Zeit sollen sie in der Lage sein, sich in der englischen Gesellschaft zurecht zu finden und auch dort Kontakte aufzubauen.“

Dass kulturelle Anpassungsformen unvermeidlich sind, wird von den meisten Frauen nüchtern anerkannt. Besonders die jüngeren, in Großbritannien aufgewachsenen Generationen sind in zwei Kulturen zu Hause, die miteinander in Einklang gebracht

werden müssen. Viele Mütter können diese Situation sehr gut einschätzen und wollen ihren Kindern gerecht werden: „Die Kinder können sich über Nacht verändern, auch wenn die Eltern streng sind und so. Je mehr Druck man ausübt – die Kinder gehen ihren Weg, die Umgebung, in der sie hauptsächlich verkehren, sie wollen sie ausprobieren – sie wollen auf die Eltern und die Tradition usw. hören, aber ebenso auf die Umwelt, in der sie leben. Es ist sehr hart für die Jugend heute. Es liegt an jedem einzelnen, wie er damit umgeht. Man kann niemand zwingen, es ist jedem selbst überlassen, was er für richtig und was er für falsch hält.“

Zur Autorin

Gabriele Reifenrath arbeitet an einer Dissertation (Universität Bonn) zu Swaminarayan-Frauen in der Londoner Diaspora.

Multikulti in Ladakh oder Ende des Shangri-la?

Interreligiöse Auseinandersetzungen in Ladakh

Petra Maurer

Das einstige Königreich Ladakh mit seiner multikulturellen und -religiösen Bevölkerung galt Fernreisenden lange als unzugängliches Shangri-la. Das änderte sich mit der Öffnung des Landes für die Touristen ab Mitte der 1970er Jahre. Innerhalb der Region nahmen die lange schwelenden Feindseligkeiten zu. Dafür gab es handfeste ökonomische Gründe, die mit der Öffnung zusammenhingen: Die kommerziell erfolgreichen *ar-gon*, Muslime mit einem muslimischen Vater und einer ladakhischen, zum Islam konvertierten Mutter, boten mit als erste den Touristen Unterkünfte oder ihre Fähigkeiten als Touristenführer an. Sie erweckten damit die Missgunst der Buddhisten, die der Regierung eine einseitige Bevorzugung der muslimischen Kaschmiris nachsagten.

Bereits einige Jahre zuvor unter Kushok Bakula (1917-2003), einst Mitglied der Konstituierenden Versammlung von Jammu und Kaschmir, hatten sich

die Missstimmungen unter anderem wegen seines Eintretens für die Anerkennung einer vornehmlich buddhistisch geprägten Gebietseinheit verstärkt. Auch die Teilung Ladak-

hs in den überwiegend muslimischen Distrikt Kargil und den mehrheitlich buddhistischen Distrikt Leh, die im Jahre 1979 von der indischen Zentralregierung beschlossen wor-



Gönpa Soma: Einer der größten buddhistischen Tempel in Leh – gegenüber der großen Moschee

den war, spaltete Muslime und Buddhisten weiter.

Zwei Jahre später brachen zum ersten Mal gewalttätige Konflikte aus; das All-Party *Ladakh Action Committee* wurde gegründet und Autonomie für Ladakh gefordert. Daraufhin wurden Polizeieinheiten von außen in die aufrührerischen Gebiete verlegt. Verhandlungen brachten keinen Fortschritt. Ein Jahr später, im Januar 1982, kam es erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen in Leh.

Der Konflikt schwelte weiter, bis er durch einen recht unbedeutenden Anlass 1989 erneut offen ausbrach. Vier muslimische Jugendliche griffen am 7. Juli 1989 Rigzin Jora an, den späteren Generalsekretär der Buddhistischen Vereinigung Ladakhs (BVL), da dieser die Rolle der Verwaltung und vor allem der Muslime kritisiert hatte. Die Polizei verhaftete die Angreifer, die Muslime veranstalteten Protestmärsche und forderten ihre Freilassung. Die Lage eskalierte mit der Meldung, dass Steine auf die Moschee in Leh geworfen worden seien und zum ersten Mal hörte man pro-pakistanische Rufe.

Die BVL rief im Gegenzug zum zivilen Ungehorsam auf; im Basar

von Leh brachen Straßenkämpfe aus und einige Regierungsgebäude wurden in Brand gesetzt. Die Unruhen verbreiteten sich in Windeseile. Buddhisten blockierten die Straße zwischen Leh und Srinagar und bewarfen sogar Autos der Touristen mit Steinen. Die Polizei schritt ungewöhnlich hart ein, es gab mehrere Tote.

Ladakhi-Identität

Ladakh hat, obwohl es das größte Gebiet des von Indien verwalteten Territoriums des Staates Jammu und Kaschmir ist, nur vier Sitze in der Nationalversammlung und einen einzigen in der Lok Sabha, gilt aber nach wie vor weitgehend als unproblematisch und von den Auseinandersetzungen in Kaschmir nicht berührt.

Mit der politischen Anbindung an den indischen Gliedstaat Jammu und Kaschmir befürchten die Buddhisten seit langem eine zunehmende Islamisierung, daher rief die BVL die „Ladakhsische Volksbewegung für den *Union Territory Status*“ ins Leben und verlangte nun mit Nachdruck diesen besonderen Status für Ladakh. Im gleichen Jahr riefen die Führer der BVL zum Boykott der gesamten Muslim-Gemeinde auf

– nicht nur der kaschmirischen –; Buddhisten verwehrten Regierungsbeamten den Zutritt zu ihren Häusern. Die Situation eskalierte derart, dass die Landesregierung schließlich wieder einmal Polizeieinheiten aus Srinagar einflog und die Armee einschritt.

Die Buddhisten, überzeugt, dass die wahre ladakhische Identität buddhistisch und nicht muslimisch sei, beschuldigten die Muslime, Sezessionisten zu sein, denen nicht vertraut werden könne. Mönche unterstützten den Boykott; sie verwehrten beispielsweise Touristen in von Muslimen geführten Taxis den Besuch von Klöstern. Ein „Kleinkrieg“ begann, der vielen Leh-Muslimen das Leben schwer machte. Buddhisten nahmen den Beruf des Bäckers und sogar des Metzgers an. Sie kauften nur noch bei Buddhisten, Sikhs und Hindus und ermutigten die Touristen, das gleiche zu tun.

Die buddhistische Gemeinde sicherte ihren Glaubensgenossen dadurch ein beträchtliches Einkommen: Sie erbaute Hotels und Pensionen, kaufte Autos und Minibusse, um so auch eine Unabhängigkeit vom öffentlichen Nahverkehr des Bundesstaates Jammu/Kaschmir zu erreichen.



Straßenszene in Leh

1991 entschied der damalige indische Innenminister Buta Singh, den *Scheduled Tribe Status* nur bestimmten Ladakhis zu gewähren; einer der Gründe dürften die sich weiter verstärkenden Unruhen in Kaschmir gewesen sein. Von diesem Status sollten jedoch die *argon* ausgeschlossen werden, da ihre Vorfahren entweder aus Kaschmir oder dem Punjab stammen. Dies verschärfte die bereits bestehenden Spannungen weiter, da sie dies zu Recht als Diskriminierung empfanden. Außerdem bestärkte es die buddhistischen Führer in ihrer Ansicht, dass diese ladakhischen Muslime Immigranten und keine echten Ladakhis seien.

Zunehmender Kulturkampf

Die Buddhisten produzierten nun Aufkleber und Sticker und brachten diese in ihren Geschäften und Bussen an. Unter dem berühmten Mantra des Avalokiteshvara *om mani padme hum* standen nun Aufschriften wie „Freiheit für Ladakh – weg von Kaschmir“. Die Muslime hingegen vergrößerten ihre Moschee in Leh.

Die Auseinandersetzungen, die offiziell im November 1992 beigelegt wurden, bestehen bis heute fort; sie haben sich verschärft, vielfach unterschwellig: Bereits 1992 ließen die Buddhisten anlässlich eines Festes (*mani dung phyur*) den Mantra des Avalokiteshvara mit Lautsprechern über der Stadt erschallen, während die Muslime zur Zeit des Ramadan mit ihren Fastengebeten die Stadt erfreuten. Im Jahre 2003 tönte bei meinem letzten Besuch in Leh außer dem Muezzin jeden Morgen von dem der Moschee gegenüberliegenden buddhistischen Tempel Gonpa Soma, der in den 1960er Jahren auf die Initiative von Kushok Bakula errichtet worden war, für mehrere Stunden der Mantra des Avalokiteshvara und andere Gebete über Lautsprecher.

Die bestehenden Feindseligkeiten zeigen sich auch in einer Einschränkung der traditionellen Besuche, die sich Buddhisten und Muslime, etwa zum Ende des Ramadan oder zum tibetischen Neujahr (*lo gsar*) gegenseitig abzustatten pflegten. Da Eheschließungen zwischen beiden Religionsgemeinschaften Unfrieden in den Familien verursachen, erfolgen sie nur unter größter Geheimhaltung.

Union Territory?

Am 10. Oktober 1993 hatte Leh den *Ladakh Autonomous Hill Council-Status* mit weitreichenden Befugnissen in der Verwaltung erhalten. Nur in Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit unterliegt es weiterhin dem Staat Jammu und Kaschmir. Dies wurde in den Straßen von Leh als Sieg der BVL gefeiert, obwohl auch die Vereinigung der ladakhischen Muslime mit unterzeichnet hatte. Zusätzlich wurde ein *interdistrict advisory council* eingesetzt, das zwischen beiden Distrikten vermitteln sollte. Der Status brachte jedoch keinerlei Veränderungen und wurde bereits nach etwa fünf Jahren nicht mehr von der Lokalbevölkerung unterstützt. Im Juni des Jahres 2000 kam es erneut zu einem einwöchigen Aufruhr, in dessen Ver-

lauf Tsering Samphel, der Präsident der BVL, den *Union Territory Status* forderte; nach Samphel der einzige Ausweg aus der ständigen Benachteiligung und Verachtung der Ladakhis im Hinblick auf ihre Beschäftigung, Erziehung und Infrastruktur. Der Distrikt Kargil lehnt die Forderungen nach dem *Union Territory Status* jedoch strikt ab, obwohl sowohl Stimmen aus dem Kongress als auch aus der *Bharatiya Janata Party* (BJP) diesen befürworten.

Diese Krise, die schon im Jahre 1999 begonnen hatte, rief die strategisch wichtige Lage Ladakhs erneut ins Bewusstsein der indischen Regierung und hatte außenpolitische Konsequenzen. Entlang der Kontrolllinie, die nach dem sino-tibetischen Konflikt von 1962 festgelegt wurde, hatte die pakistanische Armee strategisch wichtige Höhen, wie die von Drass, Kargil und Batalik erobert. Indische Truppen erkämpften jedoch die Gebiete zurück und Pakistan unter Nawaz Sharif gab auf internationalen Druck schließlich nach. Die indische Regierung unter Atal Bihari Vajpayee zeigte zwar mit ihrem Militär an der Waffenstillstandslinie bei Kargil mehr Präsenz denn je, konnte jedoch damit nicht verhindern, dass Waffen und Munition aus Pakistan nach La-



Blick ins Tal von Leh



Moschee in Leh

dakh geschmuggelt wurden. Sharif war offensichtlich bemüht, den Krieg auszuweiten. Die Polizei von Leh hob ein Waffenversteck aus und fand heraus, dass junge Männer über die Grenze nach Skardu, einem von Pakistan besetzten Teil Kaschmirs, gelangt waren, um sich an der Waffe ausbilden zu lassen. Einige der Hauptverantwortlichen dieser Aktionen wurden jedoch festgenommen. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, Ladakh in zwei Provinzen zu spalten, das überwiegend buddhistische Leh und das mehrheitlich muslimische Kargil. Diese Teilung würde die religiösen und ethnischen Konflikte zweifellos nur noch verstärken.

Das Hin und Her um den Status von Ladakh ging munter in die nächste Runde. Ende Juni 2002 verabschiedete das indische Parlament eine Resolution, in der Ladakh der *Union Territory Status* gewährt wurde. Kurze Zeit später hob der indische Innenminister Lal Krishna Advani diese Zugeständnisse jedoch wieder auf.

„Sindhu-Darshan“

Zu den Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen gesellen sich seit Ende der 1990er Jahre

religiös-politisch motivierte Spannungen zwischen Hindus und Buddhisten. Im Oktober 1997 wurde von der BJP unter Lal Krishna Advani ein öffentliches Ereignis organisiert, der erste so genannte „Sindhu-Darshan“, nachdem während einer Reise anlässlich einer Wahlkampagne entdeckt worden war, dass der Indus in der Nähe von Leh auf indisches Staatsgebiet floss – der Fluss, der Indien seinen Namen gab und dem gerade in den letzten Jahren vermehrt die geschichtspolitische Aufmerksamkeit der Hindutva-Bewegung gilt.

Die Ladakhis beachteten diese Aktion zunächst kaum, sie gewann an Bedeutung im Jahre 1999, nachdem die BJP die Macht erlangt hatte und vor allem wegen des Kargil-Konflikts, der starke Zusammenstöße zwischen Indien und Pakistan verursachte. Sindhu-Darshan fand am Ende der Auseinandersetzung statt und wurde zu einer Demonstration nationalistischer Leidenschaft; selbst eine Briefmarke wurde zur Erinnerung an den Darshan gedruckt. Im nächsten Jahr nahm der indische Premier teil und seitdem findet jedes Jahr vom 1. bis 3. Juni der „Sindhu-Darshan“ statt. Mittlerweile hat sich diese Veranstaltung fest etabliert, indische Reisebüros organi-

sieren Gruppenreisen dorthin. Er ist zu einer symbolischen Demonstration nicht nur der Bedeutung des Indus für eine hinduistisch formierte indische Identität geworden, sondern auch zu einer Demonstration der Zugehörigkeit Ladakhs zur indischen Union und der indischen Selbstbehauptung an der sino-tibetischen Grenze.

Das ursprüngliche Desinteresse der Ladakhis verwandelte sich mit der Zeit in Skeptizismus, inzwischen bestehen offene Animositäten: die Buddhisten wenden sich gegen den Bau des Badeplatzes (*ghat*) Shey Manla neben der Sommerresidenz des Dalai Lama. Sie fürchten eine der Stadt Lahul und Spiti (in Himachal Pradesh, ehemals innerhalb des tibetisch-buddhistischen Königreichs Ladakh) vergleichbare Entwicklung und sorgen sich, von den Hindus auf eigenem Territorium marginalisiert zu werden.

Zur Autorin

Petra Maurer ist habilitierte Tibetologin (Forschungsschwerpunkte: Medizingeschichte, Sprache und Kultur Tibets). Sie arbeitet und forscht derzeit an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München.